

21.01.2005

# Kieler Erklärung der Fraktionsvorsitzenden der grünen Landtagsfraktionen

Niemanden zurücklassen – alle Begabungen entfalten

Bildung steht für alle grünen Landtagsfraktionen im Mittelpunkt ihrer Politik. Bildung entwickelt die Fähigkeit jedes Menschen, selbstständig das Leben zu gestalten und Verantwortung zu übernehmen: Für sich selbst, für die Gesellschaft und für die Umwelt. Eine gute Bildung für alle zu erreichen, ist daher ein Grundanliegen grüner Politik in Landtagen und im Bundestag. Weil für uns der Zugang zu Bildung eine Frage gesellschaftlicher Gerechtigkeit ist, werden wir weiter Zugangshürden abbauen und das Bildungswesen offen gestalten. Alle sollen, unabhängig von Geschlecht, sozialem Status oder ethnischer Herkunft an Bildung teilhaben können.

Gute Bildungspolitik ist aber auch Teil unserer Wirtschaftspolitik. Bildung und Ausbildung sind die wichtigsten Ressourcen in der Wissensgesellschaft und im globalen Wettbewerb. Dies gilt umso mehr, wenn aufgrund der demografischen Entwicklung der Bedarf an gut ausgebildeten jungen Menschen und gut weitergebildeten älteren Menschen steigen wird. Aus Gründen der persönlichen Chancengleichheit, aus sozialpolitischen wie auch aus wirtschaftspolitischen Gründen gilt daher für uns: Wir dürfen niemanden zurücklassen, wir wollen alle Begabungen entfalten.

I. Ausgangslage: Das deutsche Schulsystem ist gescheitert

Das derzeitige Schulsystem hat viele Mängel. Seit den Veröffentlichungen der PISA Ergebnisse sind sie offenkundig.

Falsche Herkunft – trotz Schule keine Chancen

In keinem vergleichbaren Land hängt der Bildungserfolg so sehr von der sozialen Herkunft der Kinder ab wie in Deutschland. Die Chancen von Akademikerkindern auf ein Gymnasium zu wechseln bzw. einen hohen Bildungsabschluss zu erlangen, sind – bei gleichen Leistungen - viermal so hoch wie die der AltersgenossInnen, deren Eltern Facharbeiter sind. Die erst kürzlich veröffentlichte PISA II Studie (2003) belegt erneut eine direkte Koppelung zwischen der Entwicklung der Mathematikleistung, der besuchten Schulform und dem Elternhaus. Längst haben sich in den jeweiligen Schulformen sehr unterschiedliche, abgeschottete Lernwelten entwickelt. Hier werden die gravierenden sozialen Ungleichheiten fortgeschrieben und verstärkt.

Zu viele Abbrecher – zu wenige Abiturienten

Schlechte Leistungen sind damit auch ein Problem des Systems und der ihm innewohnenden Selektionslogik. Ein großer Teil der deutschen Schülerinnen und Schüler (ca. 20 – 25 %) erreicht allenfalls die unterste Kompetenzstufe. Die Lern- und Arbeitsperspektiven dieser

Jugendlichen werden von den PISA-Forschern besonders schlecht beurteilt. Aber auch die Spitzengruppe ist im internationalen Vergleich eher klein und keinesfalls Spitze. Zwar erreichen je nach Bundesland 20% – 30% der SchülerInnen das Abitur. Im Vergleich dazu spielen Finnland mit ca. 60 Prozent und Schweden mit über 70 Prozent aber in einer anderen Liga.

### Sortieren fördert keine Leistung

Im internationalen Vergleich fällt auf, dass ausnahmslos die mit der Grundschulzeit beginnende Zeit gemeinsamen Lernens länger währt als in Deutschland; in den besonders erfolgreichen Ländern dauert sie bis zum Ende der Sekundarstufe I. Die Verlängerung der Zeit gemeinsamen Lernens in Verbindung mit einer Veränderung der Unterrichtskultur und individueller Förderung scheint also ein Indikator für die Leistungsfähigkeit eines modernen Schulwesens zu sein.

Die in Deutschland vorherrschende Grundüberzeugung, wonach homogene Lerngruppen und ein gegliedertes bzw. leistungsdifferenziertes Schulwesen exzellente Schülerleistungen garantieren, ist nicht länger haltbar. Seit PISA und anderen Schulstudien wissen wir: In der ganzen Republik werden Schülerinnen und Schüler ständig falsch sortiert. Die Instrumente und -methoden zur Diagnose des Lernerfolgs versagen weitgehend, da grundsätzlich nach vier oder sechs Schuljahren nie mit Sicherheit prognostiziert werden kann, welche Lernentwicklung eine Schülerin oder ein Schüler tatsächlich noch vor sich hat.

### II. Kritik: Reformen als Stückwerk ohne Vision

Das frühe Aussortieren von Kindern und das Verteilen auf verschiedene Bildungswege haben sich endgültig als falsch erwiesen. Das Sortiersystem des gegliederten Schulwesens scheitert daran, jeden einzelnen Menschen so zu fördern und zu fordern, dass alle ihre optimale Leistungsfähigkeit entfalten können. Es zementiert Chancenungleichheit, d.h. die Fähigkeiten junger Menschen werden nicht ausgeschöpft. Das System "produziert" Absteiger und Verlierer, zehn Prozent und mehr der SchülerInnen erreichen gar keinen Abschluss, von den Jugendlichen ohne deutschen Pass sogar nahezu 30 Prozent. Sie haben kaum eine Chance, auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Das beinhaltet erheblichen sozialen Sprengstoff und zeigt das Versagen des Bildungssystems, einen Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit zu leisten. Dieses oft als leistungsgerecht bezeichnete System ist sozial ungerecht und nicht leistungsfördernd, es demotiviert und fördert allenfalls Mittelmaß.

### Zu viele Reglementierungen – zu wenig Selbstständigkeit

In allen Bundesländern hat es nach PISA zahlreiche Maßnahmen zur Schulpolitik gegeben. Einige gehen in die richtige Richtung, etwa die Förderung neuer Unterrichtsformen. Wir begrüßen die Entscheidung der KultusministerInnen länderübergreifende Bildungsstandards einzuführen sowie einer Qualitätsagentur der Länder einzurichten. Wichtig ist auch die Etablierung von Evaluationseinrichtungen in den Ländern. Bildungsstandards und Evaluation entfalten ihre Wirkung für die individuelle Lernförderung jeder einzelnen Schülerin und jedes einzelnen Schülers aber nur, wenn die Schulen größere Selbstständigkeit erhalten. Wir sind für Schulen, die sich an den Bildungsstandards orientieren, jedoch die pädagogischen Konzepte in eigener Verantwortung entwickeln und umsetzen. Sie müssen selbst über Personaleinsatz, Unterrichtsgestaltung und Verwendung der Finanzmittel entscheiden können, verbunden mit der Verpflichtung, dies für die Allgemeinheit transparent zu machen;

Den Schulen muss es überlassen bleiben, auf welchem Weg sie die vorgegebenen Bildungsziele erreichen wollen. Hierfür muss es einen Rahmen geben, den sie eigenverantwortlich ausfüllen können. Doch das gegenwärtige Geflecht an ministeriellen Reglementierungen steht dem entgegen. Differenzierte Lehrpläne, festgelegte Stundentafeln, Verordnungen, Notengebungsverfahren und Regelungen zum Sitzenbleiben verhindern, dass die Lehrerinnen und Lehrer die Verantwortung für ihren Unterricht und für die Lernergebnisse übernehmen können. In der neuen Schule dagegen konzentrieren sie ihre Kräfte auf die Gestaltung eines erfolgreichen Unterrichts und brauchen ihre Zeit nicht mehr damit zu verbringen, die Schülerinnen und Schüler den vermeintlich "richtigen" Schulen zuzuweisen bzw. ständig zu überprüfen, ob sie noch an der "richtigen" Schule sind.

Zu viel traditioneller Unterricht - zu wenig Integration

Insgesamt bleibt die Bildungspolitik in den Ländern Stückwerk und ist vielfach von kurzatmigem Aktionismus bestimmt. Vor allem bleiben die umfassenden Reformen aus, die zu einer neuen Lern- und Unterrichtskultur führen. Trotz der anders lautenden internationalen Erfahrungen wird Heterogenität nicht als Chance zur individuellen Förderung aller Kinder wahrgenommen, sondern Schulpolitik setzt nach wie vor auf die vermeintlich leistungshomogenen Lerngruppen und die Sortierung von Kindern. CDU/FDP Regierungen schaffen integrative Modelle ab und stärken das gegliederte Schulwesen. Sie setzen damit wieder und noch stärker ausgrenzende Schulstrukturen durch. Eine solche Politik, die gleichzeitig die Suche nach integrativen Strukturen unter Denkverbot stellen will, wird von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

### III. Leitbild für eine grüne Schulpolitik

Wir stellen fest: Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, die Perspektiven für eine umfassende Reform des Schulwesens zu entwerfen. Wir wollen, dass unser Bildungswesen insgesamt leistungsfähiger wird. Das heißt für uns: bessere Leistungen von allen Schülerinnen und Schülern, Abbau der sozialen Ungerechtigkeit, eine bessere Vorbereitung auf lebenslanges Lernen, eine Stärkung der Persönlichkeiten und soziales Lernen als Voraussetzung für solidarisches Zusammenleben in der Gemeinschaft. Immer mehr Menschen wird die wachsende Bedeutung einer neuen Schulpolitik für die künftige Wissensgesellschaft bewusst. Sie sind nicht mehr bereit, die alten ideologischen Auseinandersetzungen um Dreigliedrigkeit versus Gesamtschulen zu führen, sondern wollen Schulen neu denken.

Zusätzlich entsteht Handlungsdruck (nicht nur in den Flächenstaaten) aufgrund der demographischen Entwicklung. Durch den bevorstehenden starken Rückgang der Schülerzahlen wird das mehrgliedrige Schulsystem mit flächendeckend wohnortnahen Schulen nicht mehr oder nur mit unverträglich hohen Kosten aufrecht zu erhalten sein.

**Unser Leitbild umfasst die innere und die äußere Schulreform - also Form und Inhalt - gleichermaßen. Aus diesem Verständnis von Schulpolitik formulieren wir daher folgende zehn Reformziele.**

#### 1. Auf den Anfang kommt es an: Bildung vor der Schule ausbauen

Das Fundament für die spätere schulische Entwicklung und für lebenslanges Lernen wird bereits in der frühen Kindheit, also lange vor der Einschulung gelegt. Wir wollen die Kindertageseinrichtungen als Lern- und Lebensort ausbauen. Alle Kinder sollen in ihrer Entwicklung gefördert und unterstützt werden, den Erziehenden wird die Vereinbarkeit von

Beruf und Familie ermöglicht, die Erziehung in der Familie wird begleitet und ergänzt. Die Förderung der allgemeinen Bildungsentwicklung insbesondere die sprachlicher Kompetenz muss daher vor der Schule beginnen und über vorschulische Bereiche bis in die Grundschule gezielt fortgesetzt werden, um sicherzustellen, dass Kinder und Jugendliche nicht aufgrund von Sprachschwierigkeiten auf ihrem späteren Bildungsweg benachteiligt sind. Entscheidend für die Qualität der Bildung und Erziehung in den Kindertagesstätten sind auch die Arbeitsbedingungen und die Kompetenzen und Fähigkeiten der ErzieherInnen. Deshalb müssen Ausbildung und Weiterbildung verbessert und reformiert werden. Nötig ist die Einführung und Umsetzung eines Bildungs- und Erziehungsplanes für Kindertageseinrichtungen und Schulen. Die Übergänge zwischen diesen Einrichtungen sind gleitend zu gestalten, um Brüche in der Bildungsbiographie zu vermeiden, daher müssen Schulen und Kindergärten verbindlich miteinander kooperieren. Wichtig ist darüber hinaus die flächendeckende Einführung von gleitenden Eingangsphasen an Schulen. Dadurch haben Kinder die Möglichkeit, die Klassenstufen 1 und 2 je nach Entwicklungsstand in ein bis drei Jahren zu durchlaufen und individuell gefördert zu werden.

## 2. Schüler ernst nehmen bedeutet Leistung fordern

Der pädagogische Kern der neuen Schule für alle ist, jede SchülerIn ernst zu nehmen und kein Kind zurücklassen. Ein Credo in den Schulen in Schweden oder Finnland lautet: Schüler nicht zu beschämen, sondern sie zu Leistung anzustacheln. Lernen ist oft mühsam und anstrengend, doch am besten lernt der, der sich anstrengt und Freude dabei hat. Gut ist für uns daher eine Schule, in die alle Kinder gerne gehen, gerade weil von ihnen ein hohes Maß an Leistung gefordert wird.

## 3. Testen, um zu fördern

Wir wollen mehr Leistung der Schülerinnen und Schüler durch eine neue Leistungs- und Bewertungskultur fördern. Doch das gegenwärtige Notensystem steht dem entgegen. Es dient vor allem dazu, das selektive Schulsystem aufrechtzuerhalten und die Schülerinnen und Schüler den "richtigen" Schulen zu zuweisen bzw. ständig zu überprüfen, ob sie noch an der "richtigen" Schule sind. Das praktizierte Notensystem ist in der Krise, das zeigt auch die mangelnde Akzeptanz bei SchülerInnen, Eltern, Ausbildungsbetrieben und Hochschulen. Noten messen vielfach das Falsche, z.B. was SchülerInnen im Kurzzeitgedächtnis gespeichert haben. Sie erfüllen immer weniger die Aufgabe, die Leistungen und die Motivation der Schülerinnen und Schüler zu fördern. Überdies bindet der dafür erforderliche Korrektur- und Prüfungsaufwand, der oft Folge detaillierten Vorgaben ist, die Arbeitskraft der Lehrerinnen und Lehrer.

Wir wollen und müssen Standards setzen und testen, ob sie erreicht werden – aber nicht, um zu sortieren, sondern um die Grundlage für individuelle Förderstrategien zu schaffen bzw. um Schulen anzuregen, ihre Qualität zu verbessern. Deshalb gibt es in der neuen Schule selbstverständlich Orientierungs- und Vergleichsarbeiten sowie Tests, die das Erreichen des Bildungsstands überprüfen. Diese Instrumente dienen – anders als das bisher praktizierte Notensystem - zur Beurteilung der Qualität von Schulen bzw. im Hinblick auf die Schülerinnen und Schüler zur Diagnostik von Stärken und Schwächen, damit die individuelle Förderung aller Kinder und Jugendlicher passgenau erfolgen kann. Diese Formen der Leistungsrückmeldung werden nicht mehr dazu verwendet, um Kinder auszusortieren, sondern sie sollen deren Leistungsbereitschaft und Motivation fördern, indem sie Schülerinnen und Schüler dabei unterstützen, ihre eigenen Neigungen zu erkennen und ihre

Fähigkeiten zu entfalten. Mit Hilfe dieser Instrumente können Kinder lernen, ihre eigenen Leistungen realistischer einzuschätzen und Strategien zu ihrer Verbesserung zu entwickeln.

Für Leistungs- und Bewertungsmessung müssen Schulen die Verantwortung übernehmen, genau wie für Förderkurse und individuelle Lernunterstützung, damit Lernziele auch wirklich erreicht werden. Die Überprüfung und Verbesserung der Unterrichtsqualität muss mit der Abschaffung der Noten- und Versetzungsrichtlinien Hand in Hand gehen.

#### 4. Schulen übernehmen Verantwortung

Schulen müssen die Verantwortung für den Lernerfolg aller ihrer Schülerinnen und Schüler übernehmen. Lehrerinnen und Lehrer können dieser Verantwortung besser gerecht werden, wenn sie nicht mehr aussortieren müssen. Dadurch wird eine neue Unterrichtskultur ermöglicht, die geprägt ist von Methodenvielfalt, selbst bestimmtem und eigenverantwortlichem Lernen der Schülerinnen und Schüler und individueller Unterstützung und Beratung durch die Lehrkräfte. Der Schlüssel für die Veränderung des Schulsystems ist die Selbstständigkeit der Schule. Sie soll die volle pädagogische Verantwortung dafür übertragen bekommen, wie Bildungsstandards und Unterrichtsziele erreicht werden. Dabei spielt die Schulleitung eine herausgehobene Rolle, Lehrerinnen und Lehrer, Eltern und Schülerinnen und Schüler sollen jedoch umfassend an der Verantwortung für die Schule beteiligt werden. Mit eigenem Personalbudget beschäftigen Schulen ihre Lehrkräfte (ohne Beamtenstatus) selbst und entscheiden, welche Lehrkräfte und welche pädagogischen Fachkräfte zum Profil der Schule passen.

#### 5. Standards, Autonomie und Vielfalt

Wir wollen selbstständige Schulen auch, um einen Prozess der schulpolitischen Innovationen zu befördern. Innovation entsteht durch Vielfalt und Wettbewerb der Ideen. Wir wollen, dass die Länder Kompetenzen an die Schulen weitergeben und Vorgaben abbauen. Dazu gehört auch eine Reform und Verschlankung der KMK, die weniger regeln darf. Wir setzen uns für die Abschaffung des Hamburger Abkommens ein, das durch detaillierte Bestimmungen die Entwicklung von integrativen Schulen mit neuen Konzepten verhindert hat. Gemeinsame Standards dienen als Orientierung für die Arbeit in den Schulen, durch Evaluation und externe Tests verantworten sich Schulen. In Selbstständigkeit können Schulen sich entwickeln und profilieren und stehen so durchaus in einem Wettbewerb um die besten pädagogischen Konzepte. Dadurch, dass Vielfalt ermöglicht wird, können Schulen (im Sinne von best practice) voneinander lernen.

#### 6. Die neue Schule braucht einen neuen Rhythmus

Erfolgreiche Schulen arbeiten mit abwechselnd großen Lerngruppen gemischten Alters, ein kluger Rhythmus aus Lernen und Lehren, Angebote für Spiel und Bewegung – oder einfach nur Muße. Der Unterricht erfolgt nicht länger im 45-Minutentakt, sondern verteilt sich über den Tag. Hausaufgaben erledigen die SchülerInnen weitgehend in der Schule, und das Mittagessen wird zum Treffpunkt in der Kantine. Die Lehrerinnen und Lehrer sind den ganzen Tag ansprechbar, weil sie ihren Arbeitsplatz in der Schule haben.

#### 7. Ganztagschule im Stadtteil

Zu einer Qualitätsverbesserung von Schulen gehört die Förderung der Lern- und Entwicklungsmöglichkeiten der jungen Menschen über den derzeitigen Unterrichts- und

Schulrahmen hinaus. Die ganztägig geöffnete Schule als ein offenes Haus des Lernens und der Begegnungen soll Kindern und Jugendlichen vielfältige Lernerfahrungen, Anregungen sowie soziale Kontakte ermöglichen. Deshalb sind wir für die Einbeziehung von Vereinen, von Musik- und Kunstschulen, von weiteren Bildungsträgern, von Handwerker/innen, Künstler/innen, Studierenden, Schulsozialarbeit, Jugendhilfe, Eltern und Senioren. Die ganztägig geöffnete Schule muss auch mit der Jugendhilfe kooperieren. So sollen insbesondere in der Grundschule bestehende außerschulische Betreuungsangebote einbezogen werden.

## 8. Gute Lehrer und gute Ausbildung

Für eine neue Schule streben wir auch eine Reform der Lehramtsstudiengänge an. Die Lehrerbildung der Zukunft darf sich nicht mehr an den Schulstrukturen orientieren. Im Mittelpunkt muss die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler stehen. Ohne eine Verbesserung der Aus- und Fortbildung der LehrerInnen und ErzieherInnen werden die notwendigen Bildungsreformen nicht gelingen. Eine gute Schule braucht PädagogInnen und andere MitarbeiterInnen, die im Team arbeiten, mit heterogenen Lerngruppen umgehen und Eltern und SchülerInnen beraten können.

Wir brauchen eine Stärkung der Erziehungswissenschaft, Pädagogik und Didaktik, denn wir wollen Lehrkräfte, die nicht in erste Linie Fächer, sondern Kinder unterrichten. Die Studierenden müssen frühzeitig praktische Erfahrungen im Unterricht und weiteren Schulalltag machen können. Fort- und Weiterbildung muss für ErzieherInnen wie für LehrerInnen und andere Fachkräfte obligatorisch sein, für die Teilnahme müssen sie von der Arbeit freigestellt werden.

## 9. Gleiche Chancen und individuelle Förderung

Diesen neuen Schulen muss die Möglichkeit gegeben werden, bis zum Ende der Schulpflicht alle Kinder gemeinsam zu unterrichten und individuell zu fördern. Hierfür müssen die Voraussetzungen in Schulgesetzen und im Rahmen regionaler Schulentwicklung geschaffen werden und die Schulen müssen die dafür notwendige Ausstattung erhalten. Das Ziel einer leistungsfähigen und motivierenden Schule ist nicht "von oben" per Gesetz durchzusetzen. Eltern, Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte, Wirtschaft und Öffentlichkeit müssen als BündnispartnerInnen für dieses Ziel einer besseren Schule gewonnen werden, die auf Ausgrenzung verzichtet und die Verschiedenheit ihrer Schülerinnen und Schüler als Ressource betrachtet.

Die Schule der Zukunft muss der zunehmenden Heterogenität ihrer Schülerschaft Rechnung tragen und sie als Chance begreifen. Das bedeutet weder "Einheitsschule" noch "Gleichmacherei": Gleicher machen wollen wir die Chancen aller Kinder. Aber individuelle Förderung in einer neuen Schule für alle bedeutet die konsequente "Ungleichmacherei". Begabtenförderung und Förderung der Benachteiligten schließen sich dabei nicht aus, sondern bedingen einander. Eine gute Schule ist für uns daher diejenige, die die meisten Lernzuwächse ermöglicht und den SchülerInnen die besten Lernchancen bietet. Integrierte Systeme können die SchülerInnen durch anregungsreichere Lernmilieus in ihrer individuellen Lernleistung besser fördern als eine gleichförmige, anregungsarme Lernorganisation. Zudem schafft eine Schule der Vielfalt bis zur Klasse 9 oder 10, die auf das Sitzenbleiben verzichtet, die größtmögliche Offenheit für die unterschiedlichen Lernentwicklungen ihrer SchülerInnen. An diese Schule schließt sich eine allgemein bildende gymnasiale Oberstufe, die beruflichen Gymnasien bzw. Berufskollegs oder die Duale Ausbildung an.

## 10. Bildung hat ihren Preis

Der Umbau und die Verbesserung des Bildungssystems kann in weiten Bereichen durch die Umschichtung der vorhandenen Ressourcen geleistet werden. Fraglos wird die Umgestaltung in einigen Feldern zusätzliche Mittel erfordern. Der Ausbau der vorschulischen Bildung, die gezielte Förderung von Schülerinnen und Schülern und ihren Eltern aus sozial schwachem Umfeld oder von Hochbegabten kostet ebenso zusätzliches Geld wie der Aufbau und die räumliche Gestaltung von Ganztagschulen. Die Bundesregierung ist mit dem Ganztagsprogramm hier einen wichtigen Schritt vorangegangen. Die von uns angestrebten Strukturveränderungen werden sich jedoch auch ökonomisch auszahlen. Die effektivere und effizientere Ausnutzung von Ressourcen in der Verwaltung wird sich etwa für die Landeshaushalte rechnen. Vor allem, wenn es beispielsweise gelingt, das Nebeneinander unterschiedlicher Schulformen zu beenden, Teile der Jugendarbeit in die Ganztagschule zu integrieren, das "Sitzenbleiben" abzuschaffen und teure Warteschleifen und "Nachholqualifizierungen" im Bereich der Berufsbildung überflüssig zu machen.

© gruene-bag.de 2005